



Die
Bundesregierung

Aktuelles
Freitag, 28. März 2014
Ukraine-Krise

Unabhängiger von russischen Rohstoffen werden
Bundeskanzlerin Angela Merkel geht davon aus, dass es wegen der Ereignisse in der Ukraine und auf der Krim «eine neue Betrachtung der gesamten Energiepolitik geben wird». Zum Teil gebe es in der EU eine hohe Abhängigkeit von Öl und Gas aus Russland, sagte Merkel in Berlin.

Europa werde einheitlich handeln, bekräftigte die Bundeskanzlerin erneut nach einem Gespräch mit dem kanadischen Premierminister Stephen Harper. Dazu gehöre auch eine neue Betrachtung der gesamten Energiepolitik.

«Wir haben zum Teil - das betrifft gar nicht so sehr Deutschland, sondern eher andere EU-Länder - eine sehr hohe Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus Russland, was Gas und Öl anbelangt», so Merkel. Deutschland sei in Sachen Erdgas nur zu 35 Prozent von russischen Lieferungen abhängig. «Wir haben sehr viel norwegisches und britisches Erdgas. Insofern ist die Abhängigkeit bei uns noch längst nicht die höchste in Europa», sagte die Kanzlerin. Es gehe hier aber auch um langfristige Orientierungen.

Keine militärische Lösung

Den Partnerländern in Osteuropa sicherte Merkel Solidarität zu, auch im Rahmen der Beistandsklausel des Nato-Vertrages. Erneut machte die Bundeskanzlerin deutlich: Deutschland setzt nicht auf eine militärische Lösung. Deshalb «müssen wir auch entschieden in unseren sonstigen Handlungen sein», so Merkel.

Weitere Sanktionen möglich

Die Kanzlerin ist sich mit ihren Partnern einig, dass die Besetzung der Krim gegen das Völkerrecht verstößt. Ziel ist es, durch Gespräche zu einer Deeskalation der Krise beizutragen. Falls dies nicht gelingen und die Krise eskalieren sollte, wird es zu Wirtschaftssanktionen kommen. Diese dritte Stufe der Sanktionen wurde vom Europäischen Rat am 21. März beschlossen.

Sie «hoffe, dass wir gar nicht dahin kommen müssen», so die Bundeskanzlerin nach dem



Deutschland bezieht viel Erdgas aus Großbritannien und Norwegen. Foto: picture-alliance/ dpa

Gespräch mit Harper. Sie wisse aber, dass diese Entscheidung auch Unterstützung von Wirtschaftsverantwortlichen finde. Wirtschaftliche Tätigkeit brauche verlässliche Rahmenbedingungen, dies habe auch die Wirtschaft deutlich zum Ausdruck gebracht.

OSZE-Beobachtermission beginnt

Die Bundesregierung begrüßt nachdrücklich, dass die Beobachtermission der OSZE in der Ukraine ihre Arbeit aufnehmen kann. Sie wurde vom Rat der OSZE für zunächst sechs Monate beschlossen und soll bis zu 500 Beobachter umfassen. Die ersten von ihnen sind bereits in der Ukraine eingetroffen. Das Mandat der OSZE-Beobachtermission umfasst: Sammlung/Berichterstattung von Informationen zur Sicherheitssituation, Beobachtung der Einhaltung der Menschenrechte, Grundfreiheiten und Minderheitenrechte, Kontakt zu lokalen, regionalen und nationalen Stellen, Zivilgesellschaft, ethnischen und religiösen Gruppen und örtlicher Bevölkerung, Förderung des Dialogs vor Ort mit dem Ziel des Spannungsabbaus und der Förderung der Normalisierung der Lage.

Deutschland unterstützt die Mission mit rund eine Million Euro - je etwa die Hälfte dieses Betrags für Projekte und für entsandte Beobachter. Deutschland hat eine Reihe von Beobachtern nominiert; zur Zeit läuft die Auswahl durch die OSZE.

Eine unabhängige Ukraine als Ziel

Das Ziel der Bemühungen der Bundesregierung und ihrer Partner hat die Bundeskanzlerin eindeutig beschrieben: Es gehe darum, dass die Ukraine ihre eigenen politischen Entscheidungen treffen könne. Sie müsse in der Lage sein, eine faire Wahl durchzuführen «und Handel und Wandel zu treiben, mit wem auch immer sie das auf ihre Art und Weise möchte. Das ist eine ganz normale und einfache Forderung.»

Informationsreise des Herrn BA Koschyk vom 23.- 25. März 2014 nach Kiew *Pressemitteilung*

„Wir als deutsche Bundesregierung bekennen uns gemeinsam mit unseren Partnern der EU zur uneingeschränkten Solidarität mit der Ukraine. Wir versichern Ihnen als Vertretern der deutschen Minderheit hier in der Ukraine, dass wir Sie nicht im Stich lassen, sondern in dieser schwierigen Zeit eng an ihrer Seite stehen werden“.

Mit diesen deutlichen Worten begrüßte der Beauftragte der Bundesregierung zum Auftakt seines Besuches in Kiew die Vertreter der Deutschen Minderheit in der Ukraine.



Gespräch mit den Vertretern des Rates der Deutschen der Ukraine in deren Kiewer Zentrale

Der Beauftragte versicherte dem Vorsitzenden des Rates der Deutschen der Ukraine, Herrn Leysle, dass die Lage der Minderheit in der Ukraine von deutscher Seite sehr genau verfolgt und beobachtet werde und sie deswegen nicht in Panik verfallen sollten. Bundesbeauftragter Koschyk sprach sich klar dafür aus, dass die Förderung der deutschen Minderheit auf der Krim weiter von Kiew aus geplant und umgesetzt werden solle. Die Annexion durch Russland würde von Deutschland und der EU nicht anerkannt. Der Rat der Deutschen teilte diese Meinung ausdrücklich und verwies auf die durch ihn abgegebene öffentliche Erklärung, in welcher der Rat sich klar zur Einheit der Ukraine bekennt ([Zur öffentlichen Erklärung gelangen Sie hier](#)).

Bundesbeauftragter Koschyk beglückwünschte den Rat der Deutschen der Ukraine dazu, dass dieser seit Anfang des Jahres erfolgreich die Projekt- und Finanzverantwortung über die durch das Bundesministerium des Innern geförderten Maßnahmen übernommen hat und wünschte der Minderheit dabei weiterhin viel Erfolg und gerade in dieser Zeit der Krise viel Kraft.



Bundesbeauftragter Koschyk im Kreis der Vertreter des Rates der Deutschen der Ukraine

Im Laufe des Tages sprach der Beauftragte außerdem mit Herrn Waleriy Pazkan, dem Vorsitzenden des Ausschusses des ukrainischen Parlamentes (Werkhowna Rada) für Menschenrechte, nationale Minderheiten und internationale Beziehungen und dem Minister der Kultur der Ukraine, Herrn Jewhen Nyschtschuk, der in Deutschland auch als Stimme des Maidans bekannt ist. Bundesbeauftragter Koschyk äußerte gegenüber beiden ukrainischen Politikern den ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung, die Deutsch-Ukrainische Regierungskommission für die Angelegenheiten der ethnischen Deutschen in der Ukraine wieder einzusetzen. Herr Pazkan sicherte seine Unterstützung zu.



Bundesbeauftragter Koschyk traf den Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für nationale Minderheiten, Herrn Pazkan

Auch Minister Nyschtschuk zeigte sich hierfür aufgeschlossen. Der Abteilungsleiter des Kulturministeriums werde in Kürze Einzelheiten mit dem Rat der Deutschen der Ukraine besprechen. Herr Minister Nyschtschuk wurde vom Beauftragten zu einem baldigen Gegen-besuch nach Deutschland eingeladen. Mit Herrn Pazkan wurden außerdem eingehend die Möglichkeiten der Förderung der deutschen Minderheit auf der Krim erörtert.



Bundesbeauftragter Koschyk traf den Kulturminister der Ukraine Herrn Nyschtschuk, in Deutschland bekannt als «Stimme des Majdan»

In Kiew konnte sich der Beauftragte der Bundesregierung dann einen Einblick in die Arbeit der Begegnungsstätten der deutschen Minderheit vor Ort verschaffen; er besuchte das Zentrum der deutschen Kultur „Widerstrahl“ unter dem Vorsitz von Frau Kowalenko -Schneider. Dabei hatte er die Gelegenheit, sowohl einen Sprachkurs, geleitet von einem Sprachassistenten des Goethe-Instituts, als auch die Bildungs- und Kulturarbeit aus nächster Nähe zu begutachten.

In Kiew traf Koschyk auch die Leitung des Goethe-Instituts. Er zeigte sich erfreut über die bereits bestehende sehr gute Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit und setzte sich für den weiteren Ausbau der Beziehungen ein. Der Bundesbeauftragte sagte seine Teilnahme an der Sprachkonferenz „Deutsch als Minderheitensprache“ zu, die gemeinsam vom Goethe-Institut und dem Rat der Deutschen im Oktober in Kiew geplant ist. Beim Besuch der Deutschen Evangelischen Kirche in Kiew zeigte Pfarrer Ralf Haska der deutschen Delegation die deutsche lutherische Kirche in Kiew, welche mit Hilfe seines starken Engagements in den vergangenen Monaten als Lazarett und Zufluchtsort



Bundesbeauftragter Koschyk mit der Leiterin des Goethe-Instituts in Kiew, Frau Vera Baggaliantz, und deren Vertreterin Frau Dr. Petra Köppel Meyer sowie dem Kulturreferenten der Deutschen Botschaft Kiew, Dirk Lechelt, in der Bibliothek des Instituts



Bundesbeauftragter Koschyk und Pastor Haska

diente. Sie liegt nur wenige Gehminuten vom Majdan entfernt. Bundesbeauftragter Koschyk und Pfarrer Haska vereinbarten, nach gemeinsamen Wegen einer Zusammenarbeit zwischen den Evangelischen Kirchengemeinden und der deutschen Minderheit in Kiew zu suchen.

Bei einem Besuch auf dem Maidan konnte Bundesbeauftragter Koschyk an einem eindrucksvollen Holzkreuz Blumen zu ehren der Opfer der Willkürherrschaft niederlegen. Nach dem Besuch in Kiew äußerte sich Bundesbeauftragter Koschyk zuversichtlich: „Ziel der deutschen Politik ist es, dass sich die deutsche Minderheit in der Ukraine mit ihrer eigenen Identität und Geschichte selbst verwalten kann. Sie soll dauerhaft dazu befähigt werden, ihre Interessen in Staat und Gesellschaft zu vertreten und dadurch eine zivilgesellschaftliche Brücke zwischen Deutschland und der Ukraine zu bilden. Die deutsche Minderheit in der Ukraine befindet sich auf einem sehr guten Weg, bei dem Aufbau eines neuen ukrainischen Staatswesens tatkräftig mitzuwirken.“

Europäischer Rat

Abkommen zwischen EU und Ukraine

Die Staats- und Regierungschefs der EU und der ukrainische Ministerpräsident haben in Brüssel ein Abkommen zur engeren politischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Damit wolle man die ukrainische Regierung und das ukrainische Volk in umfassender Weise unterstützen, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ministerpräsident Arsenji Jazenjuk und die EU-Staats- und Regierungschefs unterzeichneten die politischen Teile des Assoziierungsabkommen auf dem Europäischen Rat in Brüssel.

Zudem werde die EU-Kommission eine umfangreiche Aufhebung der Zölle für ukrainische Ausfuhren in die Europäische Union vornehmen, sagte die Bundeskanzlerin. Es werde keine Zölle mehr auf Produkte geben, die aus der Ukraine in die EU eingeführt werden.

EU dringt auf Beobachter-Mission

Die EU setzt sich weiter für eine OSZE-Mission in der Ukraine ein. Wenn es dazu nicht komme, strebe die EU eine eigene Mission an, betonte Merkel. Die Staats- und Regierungschefs hätten erneut deutlich gemacht, dass die territoriale Integrität der Ukraine unabdingbar ist. Die Annexion werde deshalb verurteilt und für illegal gehalten, so die Kanzlerin. «Als Konsequenz daraus haben wir auch beschlossen, dass wir die Kommission bitten, restriktive Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Art in Bezug auf die Krim zu überprüfen.»

Weitere Sanktionen beschlossen

Die EU beschloss Sanktionen der Stufe Zwei gegen weitere Personen. Angesichts der Tatsache, dass eine Kontaktgruppe nicht zustande gekommen sei, und angesichts der «sonstigen Umstände», werde die Liste innerhalb der sogenannten Stufe Zwei der Sanktionen erweitert. Dabei gehe es um die Aberkennung von Visa und das Einfrieren von Konten, erklärte Merkel.

Sollte es zu weiteren Eskalationen im Hinblick auf die Ukraine kommen, dann sei man auch bereit, die Stufe Drei zu beginnen, betonte die Kanzlerin. Man habe die Kommission darum gebeten, vorbereitende



Annäherung der Ukraine an die EU

Foto: REUTERS

Arbeiten für mögliche wirtschaftliche Sanktionen aufzunehmen.

Nächste Gipfel-Treffen abgesagt

Die Bundeskanzlerin machte deutlich, dass der nächste EU-Russland-Gipfel nicht stattfinden wird. Gleiches gelte auch für bilaterale Gipfel in der nächsten Zukunft. «Das würde und wird sich in Deutschland auch auf die Deutsch-Russischen Konsultationen auswirken.»

Regierungssprecher Steffen Seibert hat in Berlin den Anschluss der Krim an Russland als «massiven Eingriff in die territoriale Unversehrtheit der Ukraine» verurteilt. Das Kabinett stimmte zudem der Unterzeichnung von Teilen des Assoziierungsabkommens zwischen EU und Ukraine zu.

Die Bundesregierung verurteile auch den Vertragsschluss über den Beitritt der Krim und Sewatopols zur Russischen Föderation, so Seibert. «Ebenso wie das vorangegangene militärische Eingreifen Russlands auf der Krim ist dieser Schritt völkerrechtswidrig.» Es handele sich um das einseitige Ziehen neuer Grenzen und damit um einen massiven Eingriff in die territoriale Unversehrtheit der Ukraine. Die Bundesregierung werde diese Schritte der Russischen Föderation selbstverständlich nicht anerkennen.

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien (www.deutschsprachig.de)“

Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion: Leonid Reisch.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".